

Sanierungsoffensive für die Schulen

Stadtverordnete beschließen Doppelhaushalt – Koalition aus CDU, SPD und FDP will trotz knapper Kassen Akzente setzen

Von Jens Gehrke

BREMERHAVEN. Die Bremerhavener Politik hat mit einem Doppelhaushalt die Weichen für die Zukunft gestellt. Trotz coronabedingt knapper Kassen sollen Akzente gesetzt werden: Die Regierungskoalition aus CDU, SPD und FDP steckt viel Geld in die Schulen, die Jugend und die Sicherheit. Die oppositionellen Grünen ärgerten sich ungewöhnlich heftig über die Art, wie der Haushalt zustande gekommen ist, und sprachen von „Demokratiedefiziten“ in der Bremerhavener Politik.

Die Corona-Pandemie führt zu bundesweit sinkenden Steuereinnahmen. Die Städte müssen ihre Haushalte zurückfahren, und auch in Bremerhaven ging es darum, für den Doppelhaushalt 2022 und 2023 überall dort zu sparen, wo es noch möglich ist, wie Bürgermeister und Stadtkämmerer Torsten Neuhoff (CDU) in seiner Haushaltsrede betonte. Trotz der Devise „Gürtel enger schnallen“ hatte die Regierungskoalition aus CDU, SPD und FDP den Haushaltsentwurf der Verwaltung allerdings noch einmal angefasst und um jeweils rund acht Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.

Gut verwendetes Geld, wie SPD-Fraktionschef Sönke Allers während der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag betonte, wo der Doppelhaushalt beschlossen wurde. Man habe einen „Haushalt für alle Menschen in

Bremerhaven“ geschaffen, der Schwerpunkte bei Schulen und Kitas, aber auch Vereinen und Initiativen setze. Wichtig sei, dass man 26 Millionen Euro bereitgestellt habe, mit denen Seestadt Immobilien unter anderem die

» Unser Motto ist Bildung, Bildung, Bildung. «

Sönke Allers, SPD-Fraktionschef

Goetheschule, die Amerikanische Schule, das Schulzentrum Geschwister Scholl, die Fritz-Husmann-Schule und die „Paula“ jeweils in Millionenhöhe sanieren lasse. „Unser Motto ist Bildung, Bildung, Bildung“, machte Allers deutlich.

Thorsten Raschen, Fraktionschef des Koalitionspartners CDU, pflichtete ihm bei und unterstrich die Bedeutung des Spitzensports

in Bremerhaven, den man weiterhin mit knapp einer Million Euro im Jahr fördern werde („Die Pinguins sind die einzige Erstliga-Mannschaft im Bundesland“) sowie die Bedeutung der Investitionen in die Polizei. Der öffentliche Nahverkehr solle unter anderem durch die Zehn-Minuten-Taktung von Linien wie der 502 und durch zunächst drei neue Wasserstoffbusse ab Sommer gestärkt werden. „Wir sind auf dem Weg in den emissionsfreien Nahverkehr“, so Raschen. Auch die Radwege würden weiter ausgebaut.

Was sich bei der Koalition nach positiver Weichenstellung anhörte, wurde von Claas Schott von der Fraktion „Grüne PP“ aus der Opposition ganz anders gedeutet. Dabei stand gar nicht der Haushalt an sich im Mittelpunkt seiner Kritik – obwohl die Grünen sich deutlich mehr Anstrengungen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung gewünscht hätten. Schott unterstellte den Koalitionären deutliche „Demokratiedefizite“, die Opposition sei nicht ausreichend an Beratungen beteiligt worden, es habe kein „Wettstreit der Argumente und Ideen“ stattgefunden. Die Koalition habe stattdessen ein „Wir-sind-der-Herr-im-Haus-Gehabe“ an den Tag gelegt. Käm-

meri, Ämter und Koalition stimmten sich nicht richtig ab, der Nutzen der Gelder in den einzelnen Ämtern müsse stärker überprüft werden, vor allem das Amt für Jugend, Familie und Frauen melde seit Jahren unzureichende Zahlen. Die aufgestockten Summen für Vereine und Initiativen bezeichnete er als „Prämie für Wohlgefälligkeit“ mit Blick auf die nächsten Wahlen. Der Ton, den Schott anschlug, löste viel Unmut bei den Regierungsfractionen und auch vermutlich unerwünschtes Lob aus.

Kritik der Opposition

„Die Rede hätte von uns kommen können“, sagte Thomas Jürgewitz (AfD), der ebenfalls bemängelte, wie der Haushalt zustande gekommen sei. Jürgewitz unterstellte der Bremerhavener Politik, Corona als Vorwand zu nutzen, um neue Schulden machen zu dürfen und ärgerte sich, dass es trotz klammer Stadtfinanzen eine „Wir haben's ja“-Mentalität gebe.

Jan Timke (Bürger in Wut) kritisierte ebenfalls eine Entwicklung, die das Gegenteil vom „schlanken Staat“ sei. Statt zu sparen, würden überall Mehrbedarfe angemeldet und freiwillige Aufgaben finanziert. Dringlichkeitsanträge seien nicht auf ihre

Dringlichkeit hin geprüft worden. Und er kritisierte CDU-Mann Raschen heftig, die Gelder für den Spitzensport davon abhängig gemacht zu haben, dass dort alle geimpft seien. „Das ist völlig daneben“, so Timke. Die Politik dürfe sich nicht in den Sport einmischen.

Rainer Brand von den Linken forderte keinen schlankeren Haushalt, sondern Mehrausgaben. „Die Haushaltsmittel werden nicht ausreichen“, machte er deutlich, um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, die sozialen Auswirkungen der Inflation und steigender Energiekosten bei den Menschen aufzufangen. „Das Elend in der Stadt wird zunehmen“, so Brand. Die Schuldenbremse gehöre abgeschafft.

Für Hauke Hiltz, der mit der FDP Partner in der Regierungskoalition ist, steht fest, dass der Doppelhaushalt die Stadt „zukunftsfähig macht“. Der Bildungsbereich sei im Fokus, es gebe eine Sanierungsoffensive für die Schulen und eine Radfahroffensive. Zusammen mit den Mitgliedern der SPD- und CDU-Fraktion stimmte die FDP für den Haushalt, der mehrheitlich beschlossen wurde. Grüne PP, AfD, Bürger in Wut und Linke stimmten dagegen. (mar)